# kommunistische hochschulzeitung

HERAUSGEGEBEN VON DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN STUDENTENORGANISATION/WIEN

Erscheint 8 mal jährlich. Einzelpreis 3.- Jahresabonnement incl.Porto (8 Nummern): 34.- im Inland, 40.- im Ausland. Bestellung durch Zuschrift an MLS Wien, 1080, Mölkergasse 3 oder telefonisch: (0222) 42 18 625. Einzahlung auf Konto Nr.BAWAG Zentrale 024 31 211; Erlagschein folgt mit der ersten übersandten Nummer.
Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation (MLS). Für den Inhalt verantwortlich: Herbert Veranic; Alle: 1080, Wien, Mölkergasse 3. Druck: Alois Wieser Ges.m.b.H., 1070 Wien, Halbgasse 12.

PREIS 3.- APRIL 1976

## Für eine Stipendiendemonstration am 6. April !

Die Bewegung um höhere Stipendien entwickelt sich sehr günstig. Nach einer Zeit der Ratlosigkeit in der Folge der von der ÖH organisierten "Abschluß"demonstration im Dezember zeigte sich im März ein deutlicher Aufschwung. An einer ganzen Anzahl von Instituten haben sich neue Stipendienkomitees gegründet bzw. die alten wieder zu arbeiten begonnen, an anderen Instituten gibt es wenigstens eine lose Zusammenarbeit zwischen verschiedenen aktiven Kollegen. Die Technische Universität und die Akademie für angewandte Kunst sind jetzt viel stärker in die Bewegung einbezogen als im Herbst, auch auf der Hochschule für Bodenkultur rührt sich etwas. Man kann sagen, daß jetzt wirklich der Großteil der Wiener Studenten mit der Bewegung konfrontiert ist. Auch in Salzburg ist eine Kundgebung geplant.

Am Donnernstag, den 17.3. wurde auf Initiative der Komitees der Architekten, der Physiker und Mathematiker, der Pädagogen, der Philosophen und der Soziologen ein zentrales Komitee gebildet, an dessen ersten Treffen Vertreter verschiedener Institutskomitees bzw. von Gruppen von Studenten, die an dem Aufbau eines Komitees an ihrem Institut oder ihrer Fakultät arbeiten, teilgenommen haben.

Bei der ersten Sitzung dieses zentralen Komitees wurde beschlossen, auf eine Demonstration am 6. April Kurs zu nehmen und dafür bereits jetzt alle verfügbaren Kräfte auf den Instituten zu moblisieren.

Es wurde mit einigen Abänderungen die Plattform, die die initiierenden Komitees auf ihrem Flugblatt vorgeschlagen hatten, beschlossen.
Als wesentlichste Forderungen wurden beschlossen:

+ ERHÖHUNG ALLER STIPENDIEN

FORTS. NÄCHSTE SEITE

Aus dem Inhalt



## Solidarität mit dem kämpfenden palästinensischen Volk !



## Demonstration am 1.4.
### Treffpunkt: Uni-Rampe 17 h 30



Palästinenser demonstrieren für ihre nationalen Rechte

## Ablehnung der Minderheitenfeststellung in der Studentenschaft

Die Minderheitenpolitik der österreichischen Bourgeoisie ist schon seit längerem Gegenstand von Protesten vieler Studenten. Vor einigen Jahren ließen die fortschrittlichen Studenten der Universität Wien nicht zu, daß der bekannte Chauvinist und Reaktionär Dr. Scrinzi einen Hetzvortrag gegen die slowenische Minderheit halten konnte. Als der Salzburger Student und ZA-Mandatar R. Kannonier wegen seiner Teilnahme an einer Protestaktion gegen eine Veranstaltung des deutschnationalen und slowenenfeindlichen Kärntner Heimatdienstes in Salzburg kriminalisiert werden sollte, erhob sich ein Proteststurm unter den fortschrittlichen Studenten Österreichs. Dadurch gelang es den Prozeß weiterzutreiben - in der ersten Verhandlung war Kannonier zu 3 Monaten bedingt auf 3 Jahre verurteilt worden - was schließlich Erfolg hatte: in der 3. Instanz mußte er freigesprochen werden.

Wie wir bereits in der letzten KHZ berichteten, wurde auf der Sitzung des Zentralausschusses der Österreichischen Hochschülerschaft am 28.1. in einem Beschluß die geplante Sondervolkszählung verurteilt und alle 3 Parlamentsparteien wegen

FORTS. SEITE 9

## Demonstration gegen jedes Abtreibungsverbot

## am: 31.3.76 um 17 Uhr 30 Kaufhaus Stafa,
ECKE KAISERSTR. MARIAHILFERSTR.

FORTS. **Stipendien**

UM 1.200.- MONATLICH!
+ ERHÖHUNG ALLER BEMESSUNGS GRUNDLAGEN UM 50% !
+ LEISTUNGSNACHWEIS DURCH ABSOLVIERUNG EINER GEWISSEN SEMESTERWOCHENSTUNDENANZAHL, BEI DER NEUFESTSETZUNG DES LEISTUNGSNACHWEIS ZUSTIMMUNG DER STUDENTENVERTRETER! KEINE BINDUNG DER STIPENDIENVERGABE AN DEN STUDIENPLAN UND AN EINEN NOTENDURCHSCHNITT!

Je länger der Staat keine Anstalten macht, diese gerechten Forderungen zu erfüllen, desto mehr wird die Erbitterung unter den Kollegen zunehmen. Die Studenten nehmen die ständige Verschlechterung der Stipendien nicht resignierend hin. Genau das müssen wir dem Staat beweisen.

Es zeigt sich, daß der Staat mit dem, was er sich auf Kosten der ärmeren Studenten erspart hat, noch lange nicht zufrieden ist. Aber wieweit der Staat seine Pläne durchsetzen kann und wieweit es uns gelingt, die Verschlechterung der Lebenslage der unbemittelten Kollegen - die ja während ihres Studiums auf die staatliche Unterstützung angewiesen sind - aufzuhalten, hängt von uns ab.

# Weitere Verschlechterung geplant !

In der Zeit der Konjunktur wollten die Kapitalisten viele Akademiker, für leitende Posten, für die Forschung und für den Ausbau des Staatsapparates, um expandieren zu können und um im internationalen Konkurrenzkampf zu bestehen. Damals holten sie in größerer Zahl Studenten aus ärmeren Verhältnissen auf die Hochschule und das konnten sie nicht ohne staatliche Unterstützung, ohne Stipendien. Mittlerweile hat sich das Bild gewandelt. Heute in der Zeit der Krise ist die Kapitalistenklasse an keiner Ausweitung der Studentenzahlen mehr interessiert und der kapitalistische Staat ist durch seine Politik, die Krisenfolgen von den Kapitalisten abzuwehren, sowie die Ausbeuterordnung zu schützen und den staatlichen Unterdrükkungsapparat auszubauen, in einer schwierigen finanziellen Situation.
Er spart daher, wo es die Kapitalisten wenig oder gar nicht trifft, und wo es "nur" dem Volk weh tut und holt gleichzeitig aus den Massen soviel durch Steuern und Tarifenheraus, wie es geht. Auch auf der Hochschule spart er und da kommen natürlich einmal die Studenten dran, die auf seine Unterstützung angewiesen sind.

Der Staat glaubt sich ein erträgliches Lebensniveau der unbemittelten Studenten nicht mehr leisten zu können und setzt sie auf schmale Kost. Das ist für die Kollegen in der heutigen Situation doppelt bitter, da sie sich bei der Lage auf dem Arbeitsmarkt und bei der ständig fortschreitenden Verschulung der Studien heute schwerer etwas dazuverdienen können als etwa noch vor einem Jahr. Die Stipendien sollen nach Willen der Kapitalisten und ihres Regierungschefs weiter durch die Inflation entwertet und die Anzahl der Stipendienbezieher weiter eingeschränkt werden. Schon 1973 bekamen nur ca. 40% der studierenden Arbeiterkinder überhaupt ein Stipendium. Jedes Jahr werden es weniger, obwohl sich das Lebensniveau ihrer Familien verschlechtert. Neben der rein quantitativen Einschränkung der Stipendien zeigt sich eine zweite Tendenz: die Stipendien sollen an immer mehr Bedingungen geknüpft werden, werden immer mehr zu Mitteln, den Leistungsdruck und die Gängelung der Studenten zu verstärken und die Konkurrenz unter ihnen zu vergrößern.
Neben der Bindung an den Studienplan geht auch der "Sozialfonds" in diese Richtung, denn seine Mittel sind von vorneherein äußerst eng begrenzt und über ihre Vergabe wird völlig "individuell" entschieden, wobei natürlich jeder der Konkurrent seines Kollegen beim Bemühen um maximale "Stipendienwürdigkeit" ist. Dasselbe gilt für das Begabtenstipendium, das laut Gesetz höchstens an die "besten" 10% der Studenten vergeben werden kann.

Jeder fortschrittliche Student muß die Stipendienbewegung ohne Zögern unterstützen. Denn erstens ist es eine ausgezeichnete Sache, wenn sich die Studenten gegen den kapitalistischen Staat (vor allem aus der im großen und ganzen trügerischen Hoffnung, daß dieser Staat und die von ihm repräsentierte Ordnung ihnen ein sonniges Plätzchen sichern wird) auch noch die Hand küssen, die sie schlägt. Werden die Studenten zwar zu Funktionären der Kapitalistenklasse im Staat und in den Betrieben ausgebildet, so ist doch dem Großteil von ihnen keine Herrenrolle, sondern viel eher die Rolle von Dienern dieser Klasse zugedacht; und das mit all den unangenehmen Folgen einer solchen Rolle: unsichere und schlechte Existenz und Zwang zur Unterwerfung unter den Willen ihrer Herrn bei Strafe der Entlassung aus deren Dienst. Während der Ausbildung auf der Hochschule ist es da auch nicht viel anders. Wenn sich nun die Studenten nicht ihren Herren beugen, sondern sich in einzelnen Punkten gegen sie auflehnen, so schafft das verbesserte Bedingungen, um sie für ein Bündnis mit der Arbeiterklasse, für den Kampf um den Sozialismus zu gewinnen.

Zweitens sind die Forderungen völlig berechtigt. Denn wenn

# Die ÖH-Führung zur Aufgabe der Sabotage zwingen !

Die Politik der ZA-Führung (ÖSU) in der Stipendienfrage ist vom Anfang bis zum Schluß eine beispiellose Sabotage. In einem "Brief", der an alle Studenten verschickt wurde, wird behauptet, daß die Forderungen im wesentlichen schon erfüllt sind, mit der Begründung, daß die Regierung im September die Stipendien um 30 Millionen Schilling im Jahr aufstocken wolle. Abgesehen davon, daß die Regierung nichts dergleichen zugesagt hat, sondern daß sie öffentlich feststellte, bis 1977 überhaupt nichts ändern zu wollen, glaubt die ÖH-Führung wohl, daß sich die Studenten durch die hohe Zahl verwirren lassen und nicht im Stande sind 30 Millionen durch 20.000 zu dividieren. Etwa 20.000 würden nämlich ein Stipendium brauchen, nur noch 10.000 bekommen heute eines. Nichts deutet darauf hin, daß eine solche Novelle im September durchgeführt wird, eine Debatte darüber im Parlament ist einstweilen nicht vorgesehen, aber selbst wenn die ÖH recht hätte, würde diese "Erhöhung" etwa gerade nur der Geldentwertung von der Zeit zwischen der letzten Stipendiedemonstration und der "Erhöhung" entsprechen, das heißt, die Situation wäre nach der "Erhöhung" genauso schlecht wie vor der ersten Demonstration. Wovon der ZA-Vorsitzende nicht mehr spricht, ist, daß die vom ZA der ÖH im Herbst mit den Stimmen der ÖSU beschlossenen Forderungen eine Gesamtsumme von ca. 400 Millionen ausgemacht haben, was mehr als 10 mal 30 Millionen ist, eine Zahl, die einen nicht wunder zu nehmen braucht, wenn man einrechnet, daß 20.000 Betroffene etwas von der Erhöhung haben sollen. Wie dann die ärmeren Studenten durch einen ständigen Stipendienabbau zu den "kostendeckenden Stipendien", auf die laut Karasek die ÖSU immer noch abzielt, kommen sollen, muß einem Studenten, der ein wenig rechnen kann, rätselhaft bleiben.

Das zweite Argument des ZA-Vorsitzenden ist, daß der Härtefonds noch ausgebaut werden soll. Das würde uns nicht wundern. Ganz im Gegenteil kommt es uns sogar sehr wahrscheinlich vor, daß an Stelle des Rechtsanspruchs auf Stipendien für Studenten aus unbemittelten Familien vom Staat immer mehr ein System gesetzt wird, in dem nur für Ausnahmefälle ein Stipendium vergeben wird, bei dem nur die "stipendienwürdigsten" Studenten ein Stipendium bekommen.

Genau so ein System stellt der "Härtefonds" dar, bei dem die äußerst geringe Gesamtsumme von vorneherein festgelegt ist, und dann eine Kommission "individuell", das heißt ohne daß die Studenten irgendein Recht geltend machen können, entscheidet, welcher Kollege etwas davon bekommt und welcher nicht.

Mit ihrer Politik verfolgt die ÖSU zwei Ziele: erstens dem Staat bei den Stipendien sparen zu helfen, und zweitens die ÖVP besser ins politische Geschäft zu bringen, bzw. reaktionäre Gedanken unter den Studenten zu verankern. Darüber braucht sich niemand Illusionen zu machen. Deshalb hat sie die Forderung nach Bezahlung der Stipendien aus der Schulbuchaktion und dem Familienlastenausgleichsfonds aufgestellt, deshalb ist sie mit Transparenten wie "Preise steigen, Löhne steigen, Stipendien sinken" auf die Straße gegangen. Aber wenn wir uns auch keine Illusionen über die Politik der ÖH-Bonzen machen, so müssen wir doch mit allem Nachdruck fordern und unter allen Kollegen die Forderung verankern, daß die ÖH die Kampfschritte unterstützt. Wir müssen unbedingt eine Situation schaffen, in der es der ÖH sehr schwer fällt, ihre gegenwärtige Politik fortzusetzen, ohne das Gesicht zu verlieren. Dazu sind geeignete Schritte, wenn sich Komitees, Studienrichtungsvertreter etc. öffentlich an die ÖH wenden und die Unterstützung des Kampfes um höhere Stipendien verlangen.

Die MLS hat sich in dieser Sache bereits an den Zentralausschuß, den Hauptausschuß der Uni Wien, die Fakultätsvertretung Philosophie gewandt und deren Vorsitzenden einen Brief geschickt. Sie werden nicht behaupten können, davon nichts gewußt zu haben.

H.S.

man fordert, daß ein Kind aus einer Familie mit einem Familieneinkommen von etwa 10.000.- im Monat - und darauf laufen die Forderungen hinaus - noch ein Stipendium bekommt, so heißt das nicht, wie die Regierung und ihre Handlanger behaupten, daß man den Reichen noch mehr geben will, sondern es heißt nur, daß man für Familien aus dem Volk eine angemessene Unterstützung für ihre in staatlicher Ausbildung stehenden Kinder verlangt.

Schließlich ist es für die gesamte politische Situation günstig, wenn ein Teil des Volkes die staatliche Raubpolitik nicht mehr hinnimmt. Das wird einerseits für den Kampf der Massen gegen den staatlichen Raubzug zweifellos eine gewisse Ermunterung sein, andererseits ist es bereits eine unbestreitbare Tatsache, daß die Stipendienbewegung die Ablehnung der Ausplünderung der breiten Massen durch Steuern und Tarife und die Bereitschaft, sich an Kämpfen dagegen zu beteiligen, unter den Studenten deutlich gefördert hat.
Natürlich wird die Bourgeoisie eine Hetze entfalten, wenn sich die Bewegung ausweitet und unvermeidlich wird die Demagogie auch bei Teilen der Arbeiterklasse und des Volkes, die heute noch ein gewisses Vertrauen in die bürgerlichen Parteien setzen, verfangen. Aber daraus abzuleiten, daß man sich mit dem Fordern eher zurückhalten soll, soll den Revisionisten und anderen Reaktionären vorbehalten bleiben. In Wirklichkeit ist heute, wo die Massen zögernd beginnen sich zu wehren, die Bedeutung des positiven Beispiels des Kampfes um nur zu berechtigte Forderungen wesentlich höher einzuschätzen als die der Hetze der Bourgeoisie.

Es soll sich daher niemand durch das Klagen und Nörgeln der Revisionisten, die jeden ernstgemeinten Kampf um eine Stipendienerhöhung sowohl als abenteuerlich als auch als reaktionär verteufeln, durch die Reformisten und durch andere bürgerliche Organisationen verwirren lassen, sondern jeder soll den Kampf ohne Vorbehalte unterstützen.

H.Sp.

# Preiserhöhung für das Sommersemester abgewehrt !

## Teilerfolg in den WIHAST-Heimen

Wie schon in der letzten Ausgabe der KHZ berichtet wurde, wehren sich die Heimbewohner zweier Trägerorganisationen (Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten = Wihast, und Studentenförderungsstiftung) gegen Preiserhöhungen. Die Bewohner der Wihastheime errangen nun einen wichtigen Teilerfolg. Die ab 1.3.76 geplante Heimpreiserhöhung wird im Sommersemester 76 nicht durchgeführt! Daß die sowieso schon arg strapazierte Brieftasche der Kollegen vor einem weiteren Zugriff der Wihast-Geschäftsführung zumindest für dieses Studienjahr bewahrt bleibt, ist zweifellos ein Erfolg. Es ist allerdings ein Teilerfolg und kein endgültiger Sieg, denn:

1. Die Geschäftsführung hat nicht auf eine Erhöhung verzichtet, sondern sie nur vom 1.3.76 auf 1.10.76 verschoben (zudem dann nochmals generell um S 20,- mehr).

2. Sie will die Weiterverlängerung der Heimplätze vom Bestehen eines Lastschriftauftrages abhängig machen. Das würde heißen, die Geschäftsführung hat das Recht, einen beliebig hohen Heimpreis vom Bankkonto der Kollegen abzuheben.

All dem hat der Zentrale Heimausschuß als Vertreter aller (Wihast) Heimbewohner natürlich nicht zugestimmt.

### AUCH IM HERBST IST EINE ERHÖHUNG NICHT TRAGBAR

Die Kollegen in den Heimen haben keinen Grund sich mit dem bisher Erreichten abspeisen zu lassen. Ihre finanzielle Lage wird im Herbst nicht besser sein, eher schlechter. Auch dann ist das Stipendium nicht höher; auch dann ist der Lohn im Arbeiter- und Angestelltenhaushalt nicht höher geworden.

Allerdings steigen die Preise auch im Herbst, allerdings gehen inzwischen die Steuern wieder in die Höhe. Und dazu soll noch ein höherer Heimpreis kommen? Die meisten Kollegen in den Heimen können sich das nicht leisten!

Also muß weiterhin gegen eine Heimpreiserhöhung gekämpft werden. Die Frage ist nur, soll das auf der Linie wie bisher geschehen? Manche Kollegen vertreten folgende Meinung: "Immer kann man eine Erhöhung nicht abwehren. Wir sollten jetzt lieber versuchen die Möglichkeiten der Heimselbstverwaltung auszuweiten und in Verhandlungen mit der Wihast in Statuten absichern. Auf der Basis kann man dann weitergehen."

Sicher ist es richtig, daß man nicht jede Heimpreiserhöhung abwehren kann. Ob man es kann und wie lange, wird aber durch nichts anderes entschieden, als durch das Kräfteverhältnis in konkreten Fall. Es steht die Frage also heute so:

Schaffen die Kollegen ein erfolgversprechendes Kräfteverhältnis auf dem Weg einer Statutenänderung der formellen Rechte der Heimselbstverwaltung und kämpfen dann gegen Erhöhungen? - Oder schaffen sie in der Auseinandersetzung um den Heimpreis ein günstiges Kräfteverhältnis und ein Ergebnis davon ist eine Ausweitung der Rechte der Heimselbstverwaltung, die natürlich auch in Statuten abgesichert werden soll?

Tatsächlich kann nur der zweite Weg erfolgreich sein. Die Wihast weiß genau was sie will (möglichst hohe Mieten) und sie weiß genau welche Druckmittel sie notfalls dafür einsetzen muß. Freiwillig wird sie daher der Heimselbstverwaltung eine entscheidende Ausweitung ihrer Rechte niemals zugestehen. Womit soll sie aber gezwungen werden? Ganz anders ist es im konkreten Fall einer Heimpreiserhöhung. Da haben die Studenten bestimmte Druckmittel in der Hand (zum Beispiel den Teilzahlungsboykott) und können sich durchsetzen. Weil sie sich de facto ein bestimmtes Recht nehmen, sind sie auch in einer günstigen Ausgangsposition, es in den Statuten der Heimselbstverwaltung abzusichern.

H.K.

# KSV:

## »Verbindung mit der realen Arbeiterbewegung« verschoben

Während der KSV im Dezember und noch im Jänner den Studenten, die um höhere Stipendien kämpfen, die "Verbindung mit der realen Arbeiterbewegung" versprach, hat man zu Beginn dieses Semesters nichts mehr von ihm über die Stipendien gehört. Von Anfang an hatte er seine Unterstützung für die Stipendienbewegung davon abhängig gemacht, ob die Studenten auch ein Stück KPÖ-Wahlprogramm - die sogenannten "antimonopolistischen Finanzierungsforderungen" - auf ihre Fahnen schreiben.
Jetzt wo die geplante KPÖ-Kundgebung, mittels der sich die Studenten mit der "realen Arbeiterbewegung" verbinden hätten sollen, offensichtlich verschoben ist, hat das Interesse für den Stipendienkampf stark abgenommen. Denn die KPÖ und ihre Untergliederungen verfolgen nicht die Politik, durch Unterstützung der gerechten Kämpfe der Massen sowie durch revolutionäre Agitation und Propaganda die Massen für die sozialistische Revolution zu gewinnen, sondern sie will diejenigen, die den Kampf um ihre gerechten Forderungen aufgenommen haben, als Manövriermasse für ihre Geschäfte mit den anderen bürgerlichen Parteien gebrauchen.

H.S.

## Konstituierende Sitzung des UOG-Fakultätskollegiums Architektur und Raumplanung an der TU Wien - ein Eklat

Bei dieser Sitzung am 16.3. forderten die Studentenvertreter, daß nicht nur die Haupt-, sondern auch die Ersatzmitglieder der Studenten bei den Sitzungen ohne Stimmrecht anwesend sein dürfen. Zuerst wurde diese Forderung von Vorsitzenden und Dekan Prof. Gieselmann übergangen. Dann wurde eine Rechtsinterpretation (genau stehts nämlich nicht im UOG) des Rektorats vorgetragen und den Studenten für verbindlich erklärt: hinaus mit euch! Mehrmals wurde von Professorenseite auf das bestehende Amtsgeheimnis für alle Gremien verwiesen, damit auf die Nichtöffentlichkeit der Sitzungen, auf die Schweigepflicht der Studentenvertreter gegenüber ihren Mitstudenten. Ein Professor stellte sogar den Antrag, die Verwendung eines Tonbandgerätes wegen Gefahr einer Veröffentlichung zu verbieten. Bereits einige Tage vorher erklärte Dekan Gieselmann den Studentenvertretern, daß wir eben keine direkte Demokratie haben, sondern "Gott sei Dank" eine repräsentative Demokratie und da müßte geschwiegen werden.

Wortmeldungen der Studenten wurden bei der Sitzung dann rigoros eingeschränkt. ("Sie haben sich nicht zu Wort gemeldet", obwohl der Koll. dies schon 5 Minuten vorher tat) Die Abstimmung über "Schluß der Debatte" wurde durchgeführt, ohne daß die Studenten einen Antrag einbringen konnten. Es herrschte Redeverbot. Auch Wortmeldungen eines Assistenten, der die Auffassung der Studenten teilte, wurden ignoriert.

Mehrmals wurden die Ersatzmitglieder aufgefordert, den Saal zu verlassen. Das taten sie dann auch, aber gemeinsam mit den Hauptmitgliedern.

Die Rangelei um das Dabeisitzen in diesem Gremium geht weiter.

P.R.

## Med.Fak.: Prüfungsverschärfung zurückgeommen

# »Aufgrund der vielen Proteste .....«

**Aufregung am pathologischen Institut: Institutsvorstand Prof. Holzner verlegt die Prüfungen in einen Raum, in dem nur ca. 25 Zuhörer Platz finden, rund die Hälfte derer, die zuhören wollen. Die Studenten protestieren am Donnerstag, den 11.3. in der Vorlesung gegen diese Maßnahme und sammeln erfolgreich Unterschriften für die Forderung nach uneingeschränkter Öffentlichkeit des Pathologierigorosums. Prof. Holzner gibt nicht nach. Die Studenten kündigen Kampfschritte an, und am Montag prüft Holzner wieder im großen Hörsaal.**
**Begründung: "Auf Grund der vielen Proteste..."**

Fragt man einen beliebigen Medizinstudenten, welche Prüfung er am meisten fürchte, erhält man mit Sicherheit zur Antwort: das Pathologierigorosum. Diese Prüfung ist aus mehreren Gründen gefürchtet. Einmal, weil bei ihr die größte Stoffanballung des ganzen Studiums abgefragt wird, weiters, weil in einer halben Stunde darüber entschieden wird, ob man ein Jahr lang mit Erfolg gelernt hat oder nicht, weiters, weil man zum dritten Mal im Studium eine völlig neue Sprache erlernt, diesmal die der Pathologen, weiters, weil der Student sich mindestens ein Jahr lang darauf trimmen muß, sein Menschenbild auf organische Fehlreaktionen eines abstrakten Menschen zu reduzieren, und aus vielen anderen Gründen.

Alles in allem: der Prüfungsstoff ist umfangreich, zu einem guten Teil blödsinnig, "wissenschaftlich" verklausuliert und daher schwer zu lernen: Man lernt, daß eine bestimmte Krankheit, die tropische Sprue, sich von der einheimischen dadurch unterscheide, daß sie in Hongkong, aber nie in Jamaica auftrete, man lernt Krankheiten, die nur auf den Faröerinseln vorkommen, oder solche, die durch einen bestimmten afrikanischen Buschtee verursacht werden. Dafür erfährt man von der chronischen Bluthochdruckkrankheit, an der ein Viertel aller über 40-jährigen Menschen leiden, daß man bei 80 % der Fälle keine Ursache finden kann, dafür aber bei 75 % mit Sicherheit eine erbliche Belastung annehmen kann, wodurch sich die Tatsache, daß diese Krankheit in den letzten Jahren in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern sprunghaft zugenommen hat, nur so erklären läßt, daß sich bei uns eben ausgerechnet die Erbkrüppeln wie die Kaninchen vermehren. Zu diesen interessanten und für die Gesundheit der Massen hochwichtigen Tatsachen kommen noch hunderte von Eigennamen (und kein einziges Hundert davon ist übertrieben!), weil sich die Wissenschafter in ihren eigenen Büchern Denkmäler setzen, indem sie jeden Furz mit ihrem eigenen Namen versehen. Daraus resultieren so ansprechende Wortbildungen wie: Spondylarthritis ankylopoetica STRÜMPELL-MARIE-BECHTEREW oder De Toni-Debré-Fanconi Syndrom u.v.a.m.

Nachdem Prof. Holzner Vorstand des Pathologischen Institutes geworden war, machte er sich gleich an die Herausgabe neuer Lernunterlagen für die Studenten, der "Arbeitsbücher", denen die vorigen Beispiele entnommen sind. Ihrer grünen Umschläge und ihrer tausend Seiten lateinischen Telegramms wegen nennen die Studenten sie auch scherzhaft die "grünen Pamphlete". In ihnen ist ohne Wertung nach der jeweiligen Bedeutung das gesamte Wissen der heutigen Pathologie zusammengetragen, und auch Erkenntnisse, die als längst überholt gelten. Für die Studenten sind seltene Krankheiten der Prüfung wegen genauso wichtig wie die häufigsten, dafür weiß jeder, daß man den Schnupfen nicht zu lernen braucht, weil der wird bei der Prüfung nie gefragt. Für die Prüfung gelten eben andere Gesetze als fürs Leben. Welche Gesetze da gelten, können die Studenten aber nur bei den Prüfungen selbst erfahren. Deshalb ist Prüfungszuhören über einen längeren Zeitraum hinweg essentieller Bestandteil der Prüfungsvorbereitung.

Die Arbeitsbücher haben für die Studenten den Lernstoff ganz wesentlich vermehrt. Heute wird noch nicht der gesamte Inhalt der Arbeitsbücher geprüft, das bleibt der Zeit ab 1978 vorbehalten. Ab diesem Zeitpunkt soll das Pathologierigorosum nämlich schriftlich abgehalten werden, nach dem multiple choice System, mit Computerauswertung. Dann wird der ganze Inhalt der Arbeitsbücher geprüft werden.

Im Zuge der Hochschulreform wird auch das Medizinstudium reformiert. Neue Prüfungen werden eingeführt, alte Prüfungsfächer werden auf zwei Prüfungen aufgeteilt, damit mehr verlangt werden kann. So auch die Pathologie. Die Pläne von Prof. Holzner entsprechen haarscharf den Intentionen der Hochschulreform: die Ausbildung auf Kosten der Studenten rationeller, und damit gleichzeitig das Studium schwieriger und selektiver zu machen.

Nach welchen Prinzip funktionieren diese Prüfungen: Es wird dabei von vornherein nicht festgelegt, wie viele Fragen beantwortet werden müssen, damit man besteht. Das Limit wird aus dem allgemeinen Schnitt errechnet. Die Fragen reichen von watschen-einfach bis zu unbeantwortbar. Auf diese Art kann man immer die gewünschte Anzahl von Studenten durchfliegen lassen und trägt gleichzeitig das Gift der Spaltung unter sie, weil sie nicht gut sein müssen, um zu bestehen, sondern besser als ihre Kollegen. Glänzende Lösung! So kann Minister Firnberg noch immer sagen: "Solange ich was zu reden habe, wird es keinen Numerus clausus geben!" Der österreichische Staat lernt gut aus den Fehlern seines deutschen Nachbarn.

Noch ist es aber nicht so weit. Noch prüfen die Professoren mündlich, noch hören andere Studenten dabei zu, was dem ungehemmten Raussäubern gewisse Schranken setzt.

Diese Schranken wollte Prof. Holzner schon jetzt umgehen, mittels der Einschränkung der Öffentlichkeit. Das haben die Studenten verhindert, weil es eine beträchtliche Erschwerung der Prüfung bedeutet hätte. Sie könnten nicht mehr erfahren, was aus dem Wust der grünen Pamphlete für die Prüfung vernachlässigbar ist, sie könnten sich nicht mehr mit den Eigenheiten der vier Prüfer vertraut machen, die sehr unterschiedliche Gebiete der Pathologie bevorzugt fragen. Die Prüfung, auch jetzt schon Schreckgespenst des Studiums, würde erheblich schwieriger.

W.S.

## »Ich bin ein Schüler Otto Bauers«

Mit diesen Worten antwortete der Geographielektor Hofrat Klimpt gekränkt, als wir ihn in seiner Vorlesung angriffen, weil er den Kapitalismus als natürliche Folge der habgierigen menschlichen Psyche darstellte.
Manchen wird der Herr Hofrat eher unter dem Namen Direktor Klimpt bekannt sein, denn in seiner Eigenschaft als Mittelschuldirektor erregte er vor etwa eineinhalb Jahren einiges Aufsehen.
Damals warf er nämlich zwei Schüler aus seiner Schule, weil sie die Zeitung des Komitee Südliches Afrika "Revolutionäres Afrika" - eine antirassistische, antikolonialistische und antiimperialistische Zeitung - verkauft hatten. Zwei Schulkameraden, die sich solidarisierten, wurden gleich an andere Schulen versetzt.
Der Hauptinhalt seiner Vorlesung am geographischen Institut besteht darin, daß der Kapitalismus zwar arge Mängel habe, in Verbindung mit dem "Wohlfahrtsstaat" aber nicht so schlecht sei, daß das schlimmste auf der Welt jedoch der Kommunismus sei.
Dabei geht es natürlich auch nicht ohne 180-gradige Verdrehungen der Aussagen von Karl Marx ab.

Man kann also bestätigen:
Hofrat Klimpt (er war schon immer für die SPÖ) ist in jeder Hinsicht, in der Praxis wie in der Theorie, ein 100%iger Schüler Otto Bauers, jenes Mannes, der 1918 unter dem Aushängeschild des Sozialismus maßgeblich dazu beitrug, die Herrschaft der Bourgeoisie zu retten und während der ganzen ersten Republik dazu, die Arbeiterklasse ideologisch, politisch und militärisch zu entwaffnen.

H.S.

## VSSTÖ und KSV fordern Seitelbergers Rücktritt:

# Reaktionäre Ablenkungsmanöver

Mitunter kommen in unserer "demokratischen " Republik empörende Dinge ans Tageslicht. Zum Beispiel, daß unser ehrwürdiger Rektor, Prof. Seitelberger, Mitglied der SS war und sich damals sogar damit brüsten konnte, bereits seit 1935 an der Hochschule und im Alpenverein "für Großdeutschland gekämpft" zu haben. An der Spitze der Universität ein ehemaliger Nazi! War für ihn, der "daneben wissenschaftlich auf mehreren Instituten der medizinischen Fakultät (arbeitete)" und 1940 zum Doktor der gesamten Heilkunde promovierte (siehe "Lebenslauf" von Seitelberger, abgedruckt in "rotpress 2/76"), damals die Parteinahme für den deutschen Faschismus oberstes Gebot als Wissenschaftler, so leugnet er heute -wie die meisten heute noch tätigen Wissenschaftler, die damals dem Faschismus dienten- die Parteilichkeit der Wissenschaft überhaupt: für ihn wie für die meisten seiner Gesinnungsfreunde ein bequemes Mittel, die faschistische Vergangenheit zu "bewältigen" (vielmehr eine existentielle Notwendigkeit, die sich aus den geänderten Verhältnissen nach dem Sturz des Faschismus ergab, als eine "moralische" Abkehr). Heute schreibt Seitelberger:"Wenn Wissenschaft und ihre Lehre nur eine Verlängerung irgendwelcher gesellschaftlicher Interessen wäre, dürfte konsequent nicht mehr von Wissenschaft, sondern von wissenschaftlich eingefärbter Ideologie gesprochen werden." (Österreichische Hochschulzeitung vom 1.3.1976,p.4f.). Unter dieser Fahne der "Wissenschaft als autonomes System" versteckt sich heute der Großteil der reaktionären wissenschaftlichen Theorien und "Erkenntnisse". Man dreht sich, wie der Wind weht, Hauptsache, man bleibt der Reaktion treu!

**Aus seiner reaktionären Gesinnung macht auch heute Seitelberger keinen Hehl! Als Rektor ist er -wie seine Vorgänger- mit dem Vorsatz angetreten, auf den Hochschulen "Ruhe und Ordnung" herzustellen. Gleich nach Amtsantritt hat er denn auch entsprechende Handlungen gesetzt: Mehrmals bereits versuchte er, Informations -und Diskussionsveranstaltungen verschiedener politischer Organisationen zu verbieten.** Man kann auch annehmen, daß er in dieser Hinsicht wei-

tere Schritte setzen wird. Ob diese Angriffe auf unsere Rechte aber die gewünschten Erfolge zeitigen, hängt wesentlich von uns ab, ob wir uns dagegen zur Wehr setzen oder nicht.

WAS BEZWECKT DER VSSTÖ ?
Wenn in unserer "demokratischen" Republik derart empörende Dinge ans Tageslicht gezerrt werden, dann geschieht dies meistens nur deshalb, um den Blick der Menschen auf etwas ganz Bestimmtes zu fixieren und von etwas anderem - meist viel Wichtigerem - abzulenken. So geschieht es immer dann, wenn bürgerliche Kräfte am Werk sind.
Derartiges bezeichnet man als Demagogie, Betrug, Roßtäuscherei, etc. Ein Meister Dieser Kunst ist Staberl, der seit Wochen nur mehr ein Thema kennt: das Bundestheaterdefizit. Da suhlt er sich im Schmutz und zerrt die empörendsten Dinge hervor. Und das alles mit dem Ziel, von den wichtigsten Fragen im Klassenkampf abzulenken: von der zunehmenden Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse und des Volkes, von der steigenden Arbeitslosigkeit, von dem staatlichen Ausplünderungsfeldzug, vom Abtreibungsverbot in Form der Fristenlösung, von der reaktionären Minderheitenfeststellung.... Die Frage, wem es nützt, wenn der Blick auf die Sauereien in den Bundestheatern gebannt wird, ist nicht schwer zu beantworten.
Gerüchten zufolge, die bisher allerdings unbestätigt blieben, soll der VSSTÖ Staberl als Sachverständigen für Demagogie und politischen Betrug verpflichtet haben, mit einer entsprechenden Gage, versteht sich, aus Förderungsgeldern von der Regierung. Sollte dem nicht so sein, so hat der VSSTÖ jedenfalls viel von seinem Lehrmeister gelernt. Mit der letzten "rotpress" (Nr. 2/76) hat der VSSTÖ versucht, seine reaktionären Manöver breit unter die Studenten zu tragen. Darin fordert er den Rücktritt von Seitelberger, wobei er einen Zusammenhang herstellt zwischen dessen früherer SS-Zugehörigkeit und seinen heutigen Angriffen auf die Rechte der Studenten als Rektor. (Man muß dem VSSTÖ allerdings lassen, daß er in Punkto Demagogie wirklich etwas gelernt hat!)
Bekanntlich ist der VSSTÖ, wie auch der KSV, der Auffassung, das UOG sei an sich nichts Reaktionäres, es enthielte sogar Ansätze zur Demokratisierung der Hochschule und biete den Studenten Mitbestimmungsmöglichkeiten, kurz : gegen das UOG sei nichts einzuwenden, es komme nur darauf an, ob die Funktionen und Gremien mit reaktionären oder mit "fortschrittlichen" Leuten besetzt würden. Die Angriffe auf das politische Mandat der Studentenschaft und der Studenten, dies in letzter Zeit gegeben hat, sind nach Ansicht des VSSTÖ auf Machenschaften des als ehemaliger SS-ler entlarvten Seitelberger zurückzuführen.
Ist es aber nicht vielmehr so, daß gerade die SP-Regierung dieses durch und durch reaktionäre UOG erlassen hat, und damit Rektor Seitelberger und Co. die gesetzlichen Mittel in die Hand gegeben hat, um diese Angriffe durchzuführen ? Ist es nicht vielmehr so, daß die SPÖ - denn sie ist es ja, die heute die Regierungsgeschäfte für die Kapitalisten besorgt - all die reaktionären Gesetzte und Verordnungen entwirft, mittels derer auf den Hochschulen "Ruhe und Ordnung" hergestellt und verewigt werden soll, mittels dieser die Reaktion auf den Hochschulen Oberwasser bekommen soll ? Davon versucht der VSSTÖ abzulenken, den Widerstand unter den Studenten dagegen versucht der VSSTÖ zu unterlaufen!
Um diese Gesetze aber durchzusetzen, benötigt die Bourgeoisie Funktionäre, Sachwalter, "Fachmänner", die bereitwillig die reaktionären Pläne der Regierung in die Praxis umsetzen sollen. Eben solche wie den früheren SS-ler Seitelberger, oder z.B. in Bezug auf Sicherheitsfragen Innenminister Rösch, der früher beim berüchtigten "Wehrwolf" war.
Wenn damals nach dem Kriege, nach dem Zusammenbruch des Hitlerfaschismus, die "großen Fische" großteils entkamen, so geht es auf das Konto des US-Imperialismus und der mit ihm verbündeten Parteien (wie gerade der SPÖ), die als ihre wichtigste Aufgabe sehen, die Errichtung eines volksdemokratischen Staates in Österreich zu verhindern und die Herrschaft der Bourgeoisie wieder ungebrochen herzustellen und zu stabilisiern. Daran knüpfen heute gewisse reaktionäre Kräfte, Revisionisten und sogenannte "linke Sozialdemokraten" an, aber nicht etwa mit dem Ziel, dies nachzuholen und eine "verspätete Entnazifisierung" durchzuführen (Was sollte denn auch der Sinn dessen sein ?), sondern um ihren Beitrag zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ausbeuterordnung zu leisten. Sie wollen uns nämlich einreden, daß die politische Reaktion nicht dort zu suchen ist, wo sie ist: in der Allianz der bürgerlichen Parteien, insbesondere in der SPÖ , die die Regierungsgeschäfte schon längere Zeit zur besten Zufriedenheit der Kapitalistenklasse tätigt. Nein, nicht von ihr gehe die politische Reaktion heute aus, sondern von gewissen, als solche entlarvten Reaktionären, die früher bei der SS waren etc. Was anderes als Ablenkungsmanöver sind das ? Wem anderen als der Reaktion nützt es ? Was also die Forderung des VSSTÖ nach Rücktritt von Seitelberger betrifft, so handelt es sich um nichts als ein Scheingefecht um vo der reaktionären SP-Politik abzulenken und ihr den totalen Angriff auf die Rechte der Studenten zu erleichtern. Das ist nichts als offene Schützenhilfe für die Angriffe der Reaktion!

D.W.

## Kunsthochschulen

# »Für eine politische Kunst« oder wie man aus einer Maus einen Elefanten macht

Nachzulesen in Nr. 2/76 Rot Press: Ein Bericht eines VSSTÖlers von der Hochschule für Angewandte Kunst, der im Namen des Kunsthochschulausschusses spricht, als ob der VSSTÖ-ler der Kunsthochschulausschuß selbst wäre.

Um die Penetranz des Berichts und die Selbstbeweihräucherung des VSSTÖ auch für Uneingeweihte verständlich zu machen, versuche ich, auf die Behauptungen dieses literarischen Meisterwerks, das eher den Charakter einer demagogischen Fabel als den eines sachlichen Berichts besitzt, der Reihe nach einzugehen.

Gleich zum ersten Satz:
Erste positive Änderungen traten nicht zufällig bei den Kunsterziehern auf, und auch heute noch finden politische Aktivitäten hauptsächlich bei Kunst- bzw. Musikerziehern und bei Architekturstudenten statt

"nicht zufällig" so steht am Beginn. Wer jetzt allerdings auf eine Erklärung des "nicht zufälligen" wartet, der kann lange warten. Statt einer Erklärung folgt eine Vermutung, die sich dieser VSSTÖ-ler offensichtlich aus den Fingern gesaugt hat. Denn...

gesellschaftliche Realität scheint hier eher vermittelbar als bei den sogenannten "reinen Künsten".

Als Vermittler meint der VSSTÖler offensichtlich sich selbst. Nicht nur daß er die gesellschaftliche Realität vermittelt (er ist wohl der Meinung, daß es diese auf der Hochschule für Angewandte Kunst nicht gibt); er will sie sogar, wie er in seinem kurzen Intermezzo als Hauptausschußvorsitzender bei der Inaugurationsfeier in seiner Ansprache feierlich verkündete, "hineintragen". Der VSSTÖler will offensichtlich "Eulen nach Athen tragen". Eulen deswegen, weil gesellschaftliche Realität auf der Hochschule existiert, wie in jedem anderen Bereich unserer Gesellschaft. Nicht nur, daß er sich mit Eulen abplagt, sondern er behauptet auch damit, daß bei den übrigen Studenten, die nicht Kunsterziehung oder Architektur studieren, keine fortschrittliche Meinungsbildung möglich wäre. Woher er das weiß? Das wird wohl der VSSTÖ allein beantworten können.

Den Gipfel der Verwirrtheit erreicht der VSSTÖ-ler in den folgenden Sätzen:

Zur ersten entscheidenden Auseinandersetzung zwischen fortschrittlicher und elitärer Kunstauffassung wurden die ÖH-Wahlen 75: Sie brachten eindeutige Erfolge für die linken Studentengruppen und fortschrittliche Namenslisten. Nicht ganz unerwartet allerdings errangen an den Wiener Kunsthochschulen verschiedene Chaotengrüppchen bedeutende Positionen in den Hauptausschüssen, da sie als erste in das bis dahin existierende politische Vakuum eingedrungen waren.

Politisches Vakuum ist überall dort, wo der VSSTÖ nicht ist. Daß die Studenten nur dann eine politische Meinung haben können, wenn auch der VSSTÖ am Platz ist, erheitert mich. Und gleich, gut aufgepaßt, pinkelt sich der VSSTÖ-ler selbstkritisch an das linke Bein.

Ein Ergebnis freilich, das die Konzeptlosigkeit dieser Sektierer

(meint er damit jene Studenten, die auf der fortschrittlichen Namensliste kandidierten, und jene, die sie wählten? Immerhin versucht er fast 30 % der Studenten, die sich an der Wahl beteiligten, anzupinkeln.)

für alle klarer zutage brachte und damit die Chancen auf eine kontinuierliche sozialistische Politik eher vergrößerte.

Er schreibt weiter:
Es muß nämlich als Verdienst des VSStÖ bezeichnet werden, wenn die Politisierung der Kunststudenten nach den Wahlen nicht wieder ein jähes Ende fand, sondern vielmehr in einer für Kunsthochschulen spezifischen Weise weitergeführt wurde.

FORTS. NÄCHSTE SEITE

FORTS. VON SEITE 5

Jetzt müssen die Windeln gewechselt werden, denn bei soviel Selbstkritik beginnt es zu stinken. Hier versucht der VSSTÖler ganz offen, Bewegungen, die die Studenten zum Teil aus eigener Initiative, zum anderen Teil Arbeitsgruppen in Lehrveranstaltungen auf Initiative von Mitgliedern der fortschrittlichen und kommunistischen Namensliste ergriffen, an seine rosaroten Fahnen zu heften.

Ich finde es sehr gut, wenn der VSSTÖ-ler meint, daß...

das Verhältnis Kunst – Gesellschaft mehr denn je zum Kristallisationspunkt politischer Diskussionen an Kunsthochschulen

...werden sollte, aber wenn er dann versucht, einerseits einen Artikel über die chinesische Malerei der Gegenwart mit dem Argument nicht in der Kunsthochschulzeitung erscheinen zu lassen weil die Studenten kein Interesse daran hätten, und sich mit allen möglichen Kräften dagegen stemmt, andererseits über die Veranstaltung der "Werktätigen in Technik und Planung" schreibt, ohne dazu zu sagen, welches Ziel die gewerkschafliche Organisierung haben sollte, nämlich jenes, die Gewerkschaften wieder zu einem Kampfinstrument der Arbeiter zu machen, wie sich auf jener Veranstaltung herauskristallisierte, so wird seine groß angekündigte Schwerpunktarbeit inhaltsleer und sinnlos.

Lustig wird es dann, wenn der VSSTÖ-ler sich selbst beweist, daß der VSSTÖ beim vorläufigen Höhepunkt, beim Spanienplakatwettbewerb, nicht einen Finger gerührt hat, die Ausstellung zu organisieren und vorzubereiten. Hätte er auch nur einen Finger gerührt, so müßte er wissen, daß nicht 150 Plakate einlangten, sondern nur 60. Die fehlenden 90 Plakate überlassen wir gerne dem VSSTÖ. Aber wahrscheinlich ist es nur ein Druckfehler.

Ganz richtig schreibt er dann auch, daß das noch kein Grund zur Euphorie sei. Nein, wirklich nicht, und schon gar nicht für den euphorischen VSSTÖ, der sich beweihräuchert wie ein Pfarrer zu Fronleichnam.

Und wieder: Die Konsequenz sozialistischer Politik im Dienst der Kunststudenten zu betreiben, das will der VSSTÖ im Kunsthochschulausschuß. Er hat auch sofort ein Grundsatzprogramm anzubieten. Man sollte meinen, daß man aus Erfahrung klug wird. Nicht der VSSTÖ. Vor einem halben Jahr wurde eine Hörerversammlung der Kunsterzieher einberufen, wo es darum ging, einen Beschluß zu fassen, die neue Studienordnung durch das Veto in der Studienkommission zu verhindern. "Alternativvorschläge her, wir brauchen Alternativvorschläge", so erhob der VSSTÖ seine Stimme. Obwohl wir ihm erklärten, daß das Ministerium kein Interesse an Alternativvorschlägen hätte, daß ja nicht zur allgemeinen Gaudi Studienverschärfungen eingeführt werden. Obwohl wir schon zu Beginn der Auseinandersetzung mit dem Ministerium unsere Vorstellungen zu Papier gebracht hatten, landeten sie im Papierkorb des Ministeriums. Als der VSSTÖ-ler trotzdem nicht von seinen Alternativvorschlägen abwich, wurde das den anwesenden Studenten zu viel. Sie erklärten dem VSSTÖ-ler, er solle zuhören und nicht so viel reden.

Was steckt dahinter? Nichts anderes, als daß der VSSTÖ versucht, die Entschlossenheit der Studenten abzuschwächen, indem er lauthals Verhandlungen beschwört und durch diese Politik alles dazu beiträgt, die Front der Studenten langsam aber sicher abbröckeln zu lassen. Nichts anderes als eine Politik der langen Zunge.

Noch einmal ganz lang, wird sie am Ende dieses Artikels:

Aktionen gegen den Numerus Clausus an Kunsthochschulen können vielmehr ein Testfall sozialistischer Hochschulpolitik werden

Ein Testfall für die sozialistische Hochschulpolitik des VSSTÖ: Bei der letzten Aufnahmsprüfung, als 50 Studenten den Rektor zur Rede stellten und gegen die Aufnahmsprüfung protestierten, glänzte der VSSTÖ durch Abwesenheit. So sieht also dann eine kontinuierliche sozialistische Hochschulpolitik aus, gemacht vom VSSTÖ.

G.S.
Zelle Angewandte



Prüfröhrchen füllen im Akkord: Es ist der kapitalistische Produktionsprozeß, der krank macht. Die versicherten Lohnabhängigen brauchen in erster Linie einen besseren Gesundheitsschutz in einer einheitlichen und selbstverwalteten Krankenkassa.

## 800 Medizinstudenten bei Podiumsdiskussion

# Mehr Ärzte lindern das Elend nicht

**In den letzten Monaten wurde in den Massenmedien eine heftige Debatte über die Frage: Ärztemangel - Ärzteschwemme geführt. Fast täglich gab es von verschiedenen Seiten im ORF und in den Zeitungen Stellungnahmen dazu. Die ÖSU - nicht faul - lud daher den Präsidenten der Wiener Ärztekammer Daume, den SP-Gesundheitsstadtrat Stacher, Dkfm.Brooks, Direktor des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger und Dr.Werner Vogt von der Arbeitsgemeinschaft Kritische Medizin und Volksgesundheit für den 16.3. zu einer Podiumsdiskussion in den Hörsaal I. Der 9.Bezirk wurde mit Plakaten verpflastert und am Abend war der Hörsaal zum Bersten voll.**

ÄRZTESCHWEMME ?

Die Debatte um diese Frage war in den Zeitungen vom Präsidenten der Kärntner Ärztekammer, Sacher eingeleitet worden, der Statistiken zusammengestellt hatte, die beweisen sollten, daß es 1988 in Österreich einen Überschuß von 74oo - 8ooo Ärzten geben werde. Das Ungestüm, mit dem dabei seine Angriffe auf Min. Leodolter vorgetragen hat, läßt vermuten, daß er sich als "Realist" für ihren wackligen Ministersessel profilieren will. Er hatte vehement einen Numerus Clausus nach deutschem Vorbild gefordert. Seine Position vertrat Dr. Daume, der zwar nichts von der Ärzteschwemme wissen wollte, gleichzeitig aber nicht müde wurde, davor zu warnen, daß die Existenz der nächsten Ärztegeneration nicht gesichert sei, wenn sich die Studentenzahlen gleichmäßig weiterentwickeln. es war einzig das Wort, das er nicht mehr hören konnte, sonst argumentierte er genau auf der Linie. Er war sich nicht einmal zu blöd, zu behaupten, die Ordinationen der praktischen Ärzte seien zwar voll aber nicht überfüllt - und wer geht schließlich schon gern in ein leeres Wartezimmer ? Sein Resümee: Die bestehende ärztliche Versorgung ist die Beste aller möglichen.

Diese Ansichten, die nur aus völliger Unkenntnis der Tatsachen oder bewußter Verfälschung geboren sein können, widersprachen die Beiträge aller Teilnehmer am Podium und aus dem Publikum. Lange Wartezeiten, kurze und allzuoft oberflächliche Behandlung, dazu regionale Unterversorgungen und Mangel in einzelnen Fachbereichen sind zu bekannt, als daß das Märchen von der heilen Welt aus dem Mund des Ärztebosses gezogen hätte. Die Diskussion zeigte klar, daß nur unter einem Gesichtspunkt von einer Ärzteschwemme gesprochen werden kann: Dem der etablierten,gutverdienenden Ärzte, die um ihre Bankkonten fürchten. Dr. Daume konnte nicht verhehlen, daß er in erster Linie die Interessen der obersten Ärzteschicht vertritt und nicht die der jungen Spitals- oder Ambulatoriumsärzte und daß ihn die Volksgesundheit lediglich als Quelle der Bereicherung interessiert.

BROOKS: LINKS BLINKEN RECHTS FAHREN

Direktor Brooks, vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger,der über eine Summe von 80




Milliarden Schilling verfügt (etwa die Hälfte des österreichischen Staatsbudgets), machte sich den Mangel der Diskussion zunutze, daß die meisten Diskussionsbeiträge sich gegen die schäbige Rolle der Ärztekammer wandten und konnte sich so mit radikalen Phrasen aus der Affäre ziehen.

Die Finanzierung des Gesundheitswesens sei für ihn eine untergeordnete Frage. wenn jährlich 700 Millionen für die Erhöhung der Arzthonorare da seien, brauche man sich um die Finanzierung keine Sorgen zu machen. Außerdem lebten wir in einer kapitalistischen Gesellschaft - für einen Diplomkaufmann wie ihn etwas völlig "wertneutrales" - wo, seien wir uns doch ehrlich, die Arbeiter alle Werte schaffen und man daher sowieso niemandem etwas wegnehmen könne.. So derselbe Herr Brooks, der den Selbstbehalt bei Medikamenten einführen will (Pressekonferenz am 9.2.76) d.h. die Kassen zahlen statt wie bisher 4800 Medikamente nur noch 500 - die anderen müssen die Versicherten aus ihrer eigenen Tasche bezahlen. "Seien wir uns doch ehrlich": Die Arbeiterklasse wird im Kapitalismus ausgeplündert - man kann sie noch mehr ausplündern

Derselbe Herr Brooks weigert sich außerdem, daß die Sozialversicherungen die Spitalsdefizite zahlen und fordert stattdessen neue Massensteuern z.B. Gesundheitsschilling.

MEHR ÄRZTE ?

Es wurde die Frage aufgeworfen: Verbessern mehr Ärzte die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung Praktizierte ein zweiter Neurologe im Burgenland, würden dann die Wartezeiten in den Ambulatorien geringer ? Bekäme ein Versicherter leichter ein Spitalsbett ? Würde Bürokratie und Schikane in den Krankenkassen geringer ? Nein, gewiß nicht. Solange Leute wie Brooks die Sozialversicherungen leiten und solange der bürgerliche Staat für die Kapitalisten das Gesundheitswesen organisiert wird sich da nichts ändern. Deshalb fordern die Kommunisten die Übertragung des gesamten Gesundheitswesens an eine sich selbst verwaltende Sozialversicherung, deren Leitung von den Versicherten selbst gewählt wird.

ÜBER SCHMERZSTILLENDE TABLETTEN UND BÜRGERLICHE GERICHTE

Zum Schluß der Veranstaltung gab es noch einen Knalleffekt: Daume machte sich endgültig lächerlich. Als ein Kollege das Beispiel eines Wiener Großbetriebs anführte, in dem der Werksarzt den Arbeitern in der Früh bei der Werkzeugausgabe schmerzstillende Tabletten gleich mitgibt, weil sie die Galvanisierungsdämpfe nicht aushalten, witterte er seine Chance und rief, das sei ein Skandal, wenn es wahr wäre, aber es könne ja - gottlob - nicht wahr sein. Eine Beschwerde genüge schließlich, um solche Praktiken abzustellen. Auch dies war weit gefehlt: Ein Genosse zerstörte die Illusionen in die bürgerlichen Gerichte, indem er das Beispiel des mutigen Schauspielers M.Auer erzählte, der vom Gericht verurteilt wurde, weil er im Programmheft der "Komödianten" einen Bericht über die gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen bei "Eumig" drucken ließ. Verurteilt wurde er nicht etwa, weil der Bericht Unwahrheiten enthalten hätte, sondern wegen "übler Nachrede", weil er den Besitzern der Fabrik unehrenhafte Absichten unterstelle! Auf den Knochen der Arbeiter Profit zu scheffeln ist für bürgerliche Gerichte eben nicht "unehrenhaft".

Daume, aus dem Konzept gebracht, konnte nur mehr - zwar ohne Zusammenhang, aber ehrlich - jammern: "Und trotzdem bin ich für die freien Praxen."

Zelle Medizin

## Diskussion über Abtreibung

# Bankrott von Trotzkisten und Reformisten

Nachdem das "Komitee für die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen" einen Aktionseinheitsaufruf für eine Demonstration gegen jedes Abtreibungsverbot herausgegeben hatte, hat die MLS an der Universität die Initiative zu einer Podiumsdiskussion über die Abtreibung ergriffen.

Der Zweck dieser Veranstaltung war es, Klarheit zu schaffen über die Bedingungen, unter denen heute der Kampf gegen das Abtreibungsverbot geführt wird und welche Perspektiven er besitzt.

Gänzlich vor der Auseinandersetzung gedrückt hat sich der VSSTÖ, was nicht verwunderlich ist, lebt diese Organisation doch vom politischen Betrug und von den Illusionen vieler Studenten über diese Gesellschaft und ihren Staat.

Die Fristenlösung erscheint dem VSSTÖ als die beste aller möglichen Lösungen und als notwendiger Kompromiß mit den "reaktionären Kräften" unserer Gesellschaft.

Richtig daran ist lediglich, daß die Fristenlösung tatsächlich die optimale Lösung für die Bourgeosie in der gegebenen Situation ist. Und richtig ist auch, daß die Sozialdemokratie schon immer versucht hat, den Volksmassen ihre Unterdrückung als notwendigen Kompromiß zu verkaufen!

Auf der Veranstaltung selber legten die Kommunisten in einem Einleitungsreferat kurz ihre Stellung zum Abtreibungsverbot dar.

Zusammengefaßt besteht diese darin, daß wir erstens die Abtreibung nicht für eine geeignete Art der Geburtenregelung halten, daß wir zweitens dem bürgerlichen Staat das Recht absprechen, sich in die Angelegenheiten der Volksmassen einzumischen, insbesondere da diese durch die sozialen Verhältnisse immer wieder zur Abtreibung getrieben werden.

Drittens legte die Referentin dar, daß es sich bei der Fristenlösung um ein Abtreibungsverbot in neuer Form handelt und daß dieses neue Gesetz für die Masse der Betroffenen eine Verschärfung der Kontrolle darstellt.

Aus diesen Gründen und weil sich unter den Volksmassen zunehmend Klarheit über den Charakter der Fristenlösung verbreitet, unterstützen die Kommunisten die Demonstration am 31. März, dem Tag an dem das sog. "Volksbegehren" der Aktion Leben im Parlament behandelt wird.

FORTS. NÄCHSTE SEITE




# Arbeitskreis Kernenergie: Veranstaltung mit Film am Do 1.4.

ALBERT SCHWEITZER-HAUS
Schwarzspanierstraße
1090 Wien

Vortrag, Film, Diskussion
Atomkraftwerke
Keine Betriebsgenehmigung für Zwentendorf

Film aus Wyhl: gemacht von den Bürgerinitiativen selbst; über Gründe, Verlauf und Erfahrungen ihres Kampfs.

FORTS. VON SEITE

Wer nun glaubte, die folgenden Stellungnahmen von der AUF, der FÖJ und der GRM würden auf unsere Einschätzung der Abtreibungsfrage eingehen, sah sich getäuscht.
Die AUF entblödete sich nicht, sich darüber zu mokieren, daß man es gewagt habe, sie zur Frage der Abtreibung überhaupt einzuladen, da ihre prinzipienfeste Haltung ja bekannt sei (die AUF tritt für die ersatzlose Streichung ein), im übrigen aber sei die Fristenlösung ein Fortschritt und an der Demonstration nehme man nicht teil. Sodann brabbelte die Vertreterin der AUF von der Unterdrückung der Frau, davon, daß das Recht auf Abtreibung Teil der Selbstverwirklichung der Frau sei und daß sie kein Interesse an einer Diskussion mit den männlichen Genossen hätten.
Die Vertreterin der GRM meinte, prinzipienfest wie die GRM sei, trete sie für die ersatzlose Streichung ein, im übrigen aber sei die Fristenlösung ein Fortschritt und an der Demonstration nehme man nicht teil. Sodann folgte ein längerer und bewegender Bericht über die Nationale Delegiertenkonferenz der GRM, die sich mit dem Problem der Unterdrückung der Frau beschäftigt habe.
Dann kam die Vertreterin der FÖJ, die in freudiger Erregung schilderte, daß das Gesetz der Regierung Kreisky sie vor polizeilicher und gerichtlicher Verfolgung schütze. Daß das Fristenlösungsgesetz für die Masse der Betroffenen mehr Kontrolle bringt, konnte den Höhenflug der Kreiskyverehrerin nicht stoppen. Somit ein weiterer Beweis dafür, daß die "Spontanität" dieser Leute zur Unterwerfung unter den Staat führt.
Kurz und gut, die Absicht dieser Leute bestand darin, die politische Diskussion über einen bestimmten Schritt, über die Organisierung des Kampfes gegen das Abtreibungsverbot zu ersetzen durch ein unverbindlichen Gequasel über die Unterdrückung der Frau in der sog. "Linken".
In der Diskussion konnte diese Absicht zu Fall gebracht werden. Ein Vertreter der MLS brachte zum Ausdruck, daß in einem hochentwickelten Land wie Österreich die Unterdrückung der Frau voll und ganz durch die Klassenwidersprüche bestimmt und überlagert wird und daß es sich bei dem Recht auf Abtreibung nicht um die Selbstverwirklichung der Frau handelt, sondern um den politischen Gegensatz zwischen den Volksmassen, die ihre Angelegenheiten selber regeln wollen und dem Staat, der sie unterdrücken und kontrollieren will. Es ist ja auch eine sehr merkwürdige Vorstellung, daß eine Arbeiterfrau, die wenn sie ein Kind bekäme, ihren Arbeitsplatz verlieren würde, einen Schritt zur Selbstverwirklichung machen würde, wenn sie es abtreibt.
Eine solche Vorstellung entsteht in Kreisen, die die Unterdrückung der Frau durch "freie Sexualität" beseitigen wollen, während die tatsächliche Unterdrückung der überwältigenden Mehrzahl der Frauen in der Lohnarbeit und der politischen Entrechtung besteht.
Nachdem die Ablenkungsmaöver nicht verfingen, dokumentierten diese Organisationen ihren politischen Bankrott.
So eine Vertreterin der KPÖ, die zwar auch, wie alle anderen prinzipienfest, die ersatzlose Streichung ganz gut fände, aber sich auch mit der Fristenlösung zufrieden gab, da nach dem 3.Monat die Sache gefährlich sei.
Die Genügsamkeit dieser Art "Kommunisten" konnte dann auch an einem Beispiel in Italien beleuchtet werden, wo die KPI für die Indikationenlösung stimmte, um einen Volksentscheid zu verhindern, der die parlamentarische Arbeit behindert hätte.
Ein "revolutionärer Marxist", der den Karren für die GRM aus dem Mist ziehen wollte, zog in die falsche Richtung, als er meinte, letztlich sei der Grund für die Nichtteilnahme der GRM, das Bestehen breiter Illusionen unter den Arbeitern über die SPÖ!
Würde man sich an die GRM halten, könnte man heute überhaupt keine Demonstrationen durchführen.
Direkt dümmlich ist diese Argumentation aber deswegen, weil eine Untersuchung des IFES-Institutes zeigt (auch die Arbeit des Komitees zeigt dies), daß über 4o% der Bevölkerung für die ersatzlose Streichung sind, wobei in Wien dieser Prozentsatz noch weit höher liegt.
Nicht die Illusionen der Volksmassen, sondern die Illusionen der GRM sind hier hinderlich.
Im Gegenteil hat der Kampf gegen das Abtreibungsverbot gute Aussichten sich zu entwickeln, verschaffen sich doch die Volksmassen tagtäglich mehr und mehr Klarheit über den Charakter dieses Gesetzes.
Diese Veranstaltung zeigte, daß alle diese Organisationen ihr Mißtrauen in die Volksmassen nur schlecht verbergen können. An die Stelle dieses Vertrauens ist bei ihnen die maßlose Überschätzung der Bourgeosie getreten. Womit sie in der praktischen Bewegung zu direkten Agenten der Bourgeosie werden.
Die Volksmassen und alle aufrechten Gegner des Abtreibungsverbotes werden sich durch solchen Untertanengeist nicht aufhalten lassen und ihre selbstständigen Interessen rücksichtslos zur Geltung bringen.
Wenn sie dies heute gegen Kreisky und Co. müssen, so werden sie es auch ohne dessen linken Anhang in der Studentenbewegung tun.
Ein Schritt auf diesem Weg vorangekommen wird die Demonstration am 31. März sein, wo es darauf ankommt, die Forderungen der Volksmassen wirksam auf die Straße zu tragen.
GEGEN JEDES ABTREIBUNGSVERBOT-WIE FRISTENLÖSUNG ODER GESETZESENTWURF DER AKTION LEBEN!
FÜR DIE ERSATZLOSE STREICHUNG DES ABTREIBUNGSPARAGRAPHEN!

K.B.

# KAMBODSCHA

**17. April – Tag des großen historischen Sieges**

*Am 17. April 1975 haben die FAPLNK um 9.30 Uhr ganz Phnom Penh angegriffen und besetzt.*

*Triumphale Begrüßung durch die Bevölkerung. Auf dem Spruchband: "Es lebe die nationale Befreiungsarmee"*



*Alle Verwaltungsorgane und alle strategisch wichtigen Punkte der Verräterbande sind bereits in den Händen der FAPLNK. Dazu gehören das Präsidium des Ministerrates, das Ministerium für Verteidigung, der Generalstab, das Ministerium für Sicherheit und Polizei, das Ministerium des Innern, das Ministerium für Information, der Luftstützpunkt Pochentong und der Flottenstützpunkt Chruy Changvar. Alle Truppen der Verräterbande, die eingesetzt waren, um die Offensive der FAPLNK aufzuhalten, wurden vernichtet. Das "Oberste Komitee" der Verräter, das hartnäckig den zerstörerischen und sehr grausamen Krieg fortgesetzt hat, wurde ebenfalls zerschlagen. Somit ist die erzantinationale, erzfaschistische und erzverdorbene "Republik" ohne Land, ohne Bevölkerung, ohne Reis und ohne Kopf in Phnom Penh, die Verräter und ihr Regime sind vollständig und endgültig zusammengebrochen.*

Der Sieg vom 17. April 1975 der Nation und des Volkes von Kambodscha ist von außerordentlicher Bedeutung sowohl für die mehr als zwei Jahrtausend alte Geschichte der Nation und des Volkes von Kambodscha, als auch für die Geschichte des Kampfes der Völker der Welt. Es ist der Sieg einer richtigen und weitblickenden politischen Linie, die auf der Unabhängigkeit und der Souveränität beruht und darin besteht, hauptsächlich auf seine eigenen Kräfte zu zählen. Er wurde außerdem mit der unschätzbaren vielfältigen und beständigen Hilfe und Unterstützung aller fried- und gerechtigkeitsliebenden Völker in der Welt und insbesondere der blockfreien Länder für die Nation und das Volk von Kambodscha errungen. Die amerikanischen Studenten der Universität Kent und Jackson haben bereitwillig ihr Blut vergossen und ihr junges und kostbares Leben für die Verteidigung unserer gerechten Sache geopfert. Das amerikanische Volk und die fried- und gerechtigkeitsliebenden amerikanischen Politiker haben einen ununterbrochenen Kampf geführt, um die amerikanische Aggression gegen unser Land zu vereiteln. Im Namen des Volkes von Kambodscha senden wir ihnen unsere Grüße mit dem Ausdruck unserer tiefsten Dankbarkeit.

Aus:

**Die kambodschanische Erfahrung**
Herausgegeben von der Königlichen Botschaft Kambodschas in der DDR
50 S.
Zu beziehen über den KB Wien
Preis: S 1o,--

FORTS. VON SEITE 1

# ... Minderheiten

ihrer Haltung in dieser Frage scharf angegriffen. Einen ähnlichen Beschluß hat der Hauptausschuß der Hochschule Klagenfurt gefaßt.

Inzwischen organisieren sich die Studenten auf verschiedenen Hochschulen und in einzelnen Studienrichtungen für die Teilnahme am Widerstand gegen die Minderheitenpolitik. Es ist ausgezeichnet, wenn die Studienrichtungsvertretungen Beschlüsse fassen, die die Minderheitenpolitik ablehnen. Das kann sehr viel dazu beitragen, daß noch mehr Studenten in die Bewegung einbezogen werden können. Die Studienrichtungsvertreter der MLS legen dazu folgende Resolution vor:

RESOLUTION ZUR MINDERHEITENFESTSTELLUNG

Die drei im Parlament vertretenen Parteien haben sich auf die Durchführung einer Volkszählung "besonderer Art" geeinigt, als Voraussetzung für die Erfüllung der den Kärntner Slowenen im Artikel 7 des Staatsvertrages von 1955 versprochenen Rechte. Weiters haben sie sich wenigsten in bezug auf das Aufstellen von zweisprachigen Ortstafeln im gemischtsprachigen Gebiet, darauf festgelegt, daß diese nur in solchen Ortschaften aufgestellt werden sollen, wo die Volkszählung "besonderer Art" einen 25 % übersteigenden Prozentsatz der Slowenen ergibt.

Die Parteien sind weiters übereingekommen, alle diese Regelungen noch im Frühjahr im Parlament zu beschließen. Das Volksgruppengesetz und das Gesetz über die Volkszählung "besonderer Art" soll noch im März von der Regierung in den Nationalrat eingebracht werden. Die auf der öffentlichen STRV-Sitzung anwesenden Studenten protestieren gegen die Beschlußfassung beider Gesetze. Beide Gesetze dienen nicht dazu, den Kärntner Slowenen endlich die ihnen zustehende Gleichberechtigung in bezug auf den Gebrauch ihrer Muttersprache zu gewähren, sondern um mit Hilfe der Sondervolkszählung sowohl die Kärntner Slowenen in dieser Hinsicht noch weiter zu entrechten, als auch den Nationalitäten- und Sprachenkonflikt in Südkärnten lebendig zu erhalten.

Dazu stellen die anwesenden Studenten fest:

1. Das Prinzip, die Kärntner Slowenen nur in denjenigen Ortschaften und Gebieten in bezug auf ihre Muttersprache den übrigen Österreichern gleichzustellen, wo sie 25 % der Ortsbevölkerung ausmachen, ist ein zutiefst reaktionäres Prinzip, das jeglichem Demokratismus Hohn spricht. Die Kärntner Slowenen sind seit Jahrhunderten in Kärnten ansässig und es müßte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, daß sie in der ihnen gebräuchlichsten Sprache am öffentlichen Leben teilnehmen können, sowie ihre Kinder auch in dieser Sprache ausbilden lassen können. Diese an sich selbstverständlichen Rechte dürfen keinesfalls von einem Prozentsatz oder sonst einer "verhältnismäßigen" Zahl abhängig gemacht werden.

2. Der eigentliche Grund, warum alle bürgerlichen Parteien, insbesondere auch die regierende SP, an der Durchführung einer solchen Sondervolkszählung ein Interesse haben, liegt darin, daß sie alle Parteien des reaktionären Chauvinismus, der Slowenenhetze und des Deutschnationalismus sind. Jede solche Volkszählung "besonderer Art" (die sich ebensosehr gegen die anderen Minderheiten in Österreich richtet) schafft unweigerlich ein Klima der chauvinistischen Hetze, der Frage nach der Bekenntnis zum österreichischen Staat und verstärkt die künstliche Hochspielung der Unterschiede innerhalb der Kärntner Bevölkerung.

Das Resultat solcher Perioden der künstlichen Aufschaukelung der Sprachunterschiede sowie der verschiedenen nationalen Herkunft der Volksgruppen in Österreich, war stets die Ablenkung der werktätigen Massen von ihren wahren sozialen, kulturellen und politischen Interessen, die Täuschung über ihre wirklichen Feinde, die für ihr Elend und für ihre Unterdrückung verantwortlich sind, sowie die Aufsplitterung der werktätigen Masse der Kärntner Bevölkerung, die sie an der Verfolgung ihrer gemeinsamen Interessen behindert.

So dient eine solche Volkszählung "besonderer Art" nur zu einer weiteren Entrechtung der Kärntner Slowenen und führt zu einem Aufleben von Chauvinismus und Nationalismus.

Das sind die hauptsächlichen Gründe, warum die auf der STRV-Sitzung anwesenden Studenten diese beiden Gesetze, deren Kern die Volkszählung "besonderer Art" ist, ablehnen.

Diese beiden Gesetze, sowie die reaktionären Pläne der Regierung und der 3 im Parlament vertretenen Parteien, sind bereits auf breite Ablehnung in der österreichischen Bevölkerung gestoßen. Die anwesenden Studenten begrüßen alle politischen Schritte, die auf die Verhinderung der Beschlußfassung einer solchen Sondervolkszählung oder anderer Entrechtungsmaßnahmen abzielen.

KEINE SONDERVOLKSZÄHLUNG, KEINE MINDERHEITENFESTSTELLUNG !
VOLLE GLEICHBERECHTIGUNG DER KÄRNTNER SLOWENEN UND DER ANDEREN MINDERHEITEN, INSBESONDERE IM GEBRAUCH IHRER MUTTERSPRACHEN IM ÖFFENTLICHEN LEBEN !

## Teach-In der MLS Di 6.1., 20 h NIG, Hs 2

**NEUERSCHEINUNG (Broschüre)**

**Gegen jede Minderheitenfeststellung !**

## Für die volle Gleichberechtigung der Minderheiten in Österreich !

HERAUSGEGEBEN VON:
KB GRAZ, KB LINZ, KB SALZBURG/HA.
KB TIROL, KB WIEN, KG GRAZ.
KG KLAGENFURT

Die Broschüre informiert darüber, wie die österreichische Bourgeoisie sowohl in der 1. wie auch 2. Republik die slowenischen Teile des Volkes in Kärnten besonders unter Druck setzte bzw. setzt, und ihnen das Recht auf Gebrauch ihrer Sprache bei Ämtern, Behörden und Schulen teilweise verbietet.

Sie versucht auf die wichtigsten Argumente und Bestandteile der ideologischen Hetze der Bürgerlichen eine Antwort zu geben. Sie beinhaltet die Forderungen der Marxisten-Leninisten in der Minderheitenfrage, die sich von den Interessen der gesamten Arbeiterklasse leiten lassen.

*INHALT DER BROSCHÜRE:*

*Vorwort • Einleitung • Die Minderheiten in Österreich • Die Diskriminierung der Kärntner Slowenen • Wer sind die "Windischen"? • Der "Kärntner Abwehrkampf" • Der antifaschistische Kampf in Kärnten • Reaktionäre Argumente für eine Minderheitenfeststellung • Die jüngste politische Entwicklung • Wann wird der ÖGB das neue Volkszählungsgesetz ablehnen? • Der Artikel 7, keine Garantie für die Gleichberechtigung • Für die volle Gleichberechtigung der Minderheiten in Österreich!* **62 Seiten, Preis 6.-S**

# Entfaltung des Kampfes gegen die revisionistische Linie in China

PEKING RUNDSCHAU

Das chinesische Volk entfaltet einen von seinem großen Führer, dem Vorsitzenden Mao, persönlich initiierten und geleiteten Kampf zur Abwehr des von den Rechtsabweichlern aufgerührten Windes, der bereits gefällte Urteile umstoßen soll. Das ist ein Linienkampf gegen die Versuche der an der revisionistischen Linie festhaltenden, den kapitalistischen Weg gehenden Machthaber innerhalb der Partei, unseren Staat vom sozialistischen Weg abzudrängen und in China den Kapitalismus zu restaurieren.

Der Kampf der zwei Linien kommt in der Haltung zur Großen Proletarischen Kulturrevolution und zu den revolutionären neuen Dingen, die in ihrem Verlauf hervorgetreten sind, in aller Schärfe zum Ausdruck. Die breiten Massen des chinesischen Volkes sind der Auffassung, daß die Große Proletarische Kulturrevolution ausgezeichnet ist, weil sie das sozialistische Neue China weiter konsolidiert und unsere sozialistische Gesellschaft energisch vorangebracht hat. Enthusiastisch begrüßen und unterstützen die Massen das in dieser Revolution entstandene sozialistische Neue. Aber jene an der revisionistischen Linie festhaltenden, den kapitalistischen Weg gehenden Machthaber innerhalb der Partei entfachten im Juli, August und September 1975 einen kalten Wind, indem sie vielerlei Unsinn verbreiteten, im Versuch, die große Kulturrevolution selbst und die in ihr entstandenen neuen Dinge zu verneinen. Sie machten aus weiß schwarz und verunglimpften die innenpolitische Lage mit den Worten „Das Heute ist schlechter als die Vergangenheit". Verleumderisch behaupteten sie von der Erziehungsrevolution, daß diese „keine fachliche Ausbildung zuläßt" und „kein Bildungswesen will", attackierten das korrekte Prinzip, **„Das Bildungswesen muß der Politik des Proletariats dienen, muß mit der produktiven Arbeit verbunden werden"**, und taten, was sie konnten, um solch neue Dinge wie den Schulbetrieb bei offener Tür und das Studium von Arbeitern, Bauern und Soldaten an den Hochschulen herunterzumachen. Jeder weiß, daß die große Kulturrevolution mit dem Kampf gegen die revisionistische Linie Liu Schao-tschis in Kultur und Bildungswesen begonnen hat. Die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg starteten nun ihre Angriffe auch in den Bereichen von Wissenschaft und Technik, von Literatur und Kunst — mit der Stoßrichtung gegen die Verbindung der wissenschaftlichen Forschung mit der Produktionspraxis, gegen die wissenschaftliche Forschung gestützt auf die breiten Massen der Arbeiter und Bauern, gegen die Revolution in Literatur und Kunst und gegen die Musterstücke der revolutionären Bühnenkunst.

Anfang November 1975 trat die Tjinghua-Universität als erste zum Gegenangriff an. In Form der freien Äußerung von Ansichten, offener Aussprachen, großer Debatten und von Dazibaos entlarvten die breiten Massen der Lehrer, der Studenten und der anderen Universitätsangehörigen auf Grund von Tatsachen und mit klaren Argumenten schonungslos die trügerischen Redensarten der den kapitalistischen Weg gehenden Machthaber innerhalb der Partei, kritisierten sie diese aufs schärfste. Gleich darauf eröffneten die Peking-Universität und andere Institutionen von Bildungswesen, Wissenschaft und Technik ebenfalls ein heftiges Feuer auf diese absurden Behauptungen. Dieser Gegenangriff entspricht völlig dem Willen der Volksmassen, wird von den Volksmassen der verschiedenen Nationalitäten des Landes tatkräftig unterstützt und mit großer Freude begrüßt.

Mit der Vertiefung des Kampfes wurden viele Probleme aufgedeckt. Es zeigte sich, daß die absurden Behauptungen, die im Bereich des Bildungswesens und von Wissenschaft und Technik aufgetaucht waren, nicht isoliert existierten, sondern mit in anderen Bereichen der Gesellschaft hervorgetretenen negativen Erscheinungen korrespondierten und diesen ähnlich waren. Das ist ein Beweis für die Existenz einer revisionistischen Linie, die an allen Fronten gegen die proletarische revolutionäre Linie losgeschlagen hat, von der sich China beim siegreichen Vormarsch auf dem sozialistischen Weg leiten läßt.

## *Tjinghua-Universität*

FORTSETZUNG UND VERTIEFUNG DER GROSSEN PROLETARISCHEN KULTURREVOLUTION

Die Tatsachen zeigen uns, daß die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg immer noch diesen Weg gehen und daß es tatsächlich Kapitulanten gibt. Wo hat dieser Wind von rechts seinen Ursprung? Er kommt genau von jenem Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg her, der an der revisionistischen Linie Liu Schao-tschis und Lin Biaos festhält und es bis heute ablehnt, sich zu ändern.




Lob der Siegesfrüchte der Großen Proletarischen Kulturrevolution auf den Wandzeitungen der Massenkritik
*Holzschnitt von Liao Kai-ming*

Die Kader und die Massen haben ihre Erkenntnis vertieft, daß der gegenwärtige Hauptwiderspruch der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist, daß heute der Revisionismus weiterhin die Hauptgefahr bildet und daß die Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg, die die Interessen der Grundherrenklasse und der Bourgeoisie vertreten, höchst gefährlich sind. Die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg gehen diesen Weg noch — das ist eine gesellschaftliche Erscheinung, die in der ganzen Periode des Sozialismus

lange Zeit fortbestehen wird; sie wird vom Gesetz des Klassenkampfes bestimmt und ist unabhängig vom Willen der Menschen. Das Parteikomitee der Tjinghua-Universität, das die Entwicklungstendenz der Bewegung erkannte und ihr gemäß handelte, arbeitete rasch einen Plan zur weiteren Entfaltung der Massendebatte aus. Das Wesen des Windes von rechts — Negierung der Notwendigkeit, den Klassenkampf als das Hauptkettenglied anzupacken, versuchte Änderung der grundlegenden Linie der Partei, Restauration des Kapitalismus — stets klar vor Augen, kritisierten die Kader und Massen systematisch und tiefgehend das im Bildungswesen und ebenso in anderen Bereichen der Gesellschaft aufgetauchte trügerische revisionistische Gift.




**Arbeiter, Werktätige und Studenten studieren eine Wandzeitung. (Hsinkua-Bild)**

Im Verlauf der Massendebatte schulten sich die Studenten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter in enger Verbindung mit dem aktuellen Kampf beharrlich an den Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin sowie an den Schriften des Vorsitzenden Mao. Sie studierten die Kampferfahrungen der Lehrer der Revolution und auch die bitteren Lehren aus der Degeneration der Sowjetunion zu einem sozialimperialistischen Staat. Auf diese Weise erhöhten sie beständig das Niveau ihrer Kritik.

Beispielhaft die Weise, mit der eine Gruppe Arbeiter-Bauern-Soldaten-Studenten der Fakultät für industrielle Automation jene kritisierten, die den Wind von rechts aufgepeitscht und behauptet hatten, „das niedrige Niveau der Studenten" behindere die „vier Modernisierungen". Sie schrieben ein Dazibao mit dem Titel „Sind jene, die den Wind von rechts angefacht haben, für die Modernisierung oder für die Restauration?" In diesem erläuterten sie an Hand einer Fülle von Tatsachen, daß es nicht die Studenten, sondern gerade jene Leute sind, die die „vier Modernisierungen" behindern. Sie wiesen nach: Die Bourgeoisie tut nur so, als ob sie nicht vom Klassenkampf spräche. Ihr Ziel ist, die Volksmassen einzuschläfern, und sie widersetzt sich dem Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie. Schenken wir dem Anpacken des Klassenkampfes und der politischen Linie keine Aufmerksamkeit, werden wir entweder die Modernisierung nicht verwirklichen oder wir werden sie nur vorübergehend, für eine Zeitlang verwirklichen, aber letzten Endes scheitern. Oder aber wir werden eine Modernisierung von der Art des Imperialismus bzw. des Sozialimperialismus erreichen. Diejenigen, die den Wind von rechts aufrührten, benutzten die „vier Modernisierungen" als einen dicken Knüppel, um die sozialistischen neuen Dinge niederzuschlagen und das Proletariat anzugreifen. Sie gaben vor, die Modernisierung verwirklichen zu wollen, arbeiteten aber in Wirklichkeit an der Restauration des Kapitalismus. Ihr Geschrei über das Abschießen von Satelliten war ein Scheinmanöver, um ihre wahre Absicht zu verbergen, die rote Fahne zu Boden zu werfen.

Jene, die den Wind von rechts aufrührten, nahmen die „vier Modernisierungen" zum Vorwand, um offen zu leugnen, daß das Hauptkettenglied, das man anpacken muß, der Klassenkampf ist. Tatsächlich wollten sie dagegen ihre revisionistische Linie zum Hauptkettenglied machen. Wo sie auch hinkamen, wiegelten sie Leute auf, einen „Orkan der fachlichen Arbeit" und einen „ökonomischen Orkan" zu entfachen. Sie schrien: „Ist ein Orkan nicht stark genug, dann muß eben ein Tornado her!" Mit diesen Stürmen wollten sie die proletarische Politik, den Klassenkampf als Hauptkettenglied und die grundlegende Linie der Partei alle auf einmal hinwegfegen.

Was ist das Hauptkettenglied? Das haben die Lehrer der proletarischen Revolution längst in ihren glänzenden Ausführungen dargelegt. Marx und Engels erklärten: **„Wir haben seit fast 40 Jahren den Klassenkampf als nächste treibende Macht der Geschichte und speziell den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat als den großen Hebel der modernen sozialen Umwälzung hervorgehoben; wir können also unmöglich mit Leuten zusammengehn, die diesen Klassenkampf aus der Bewegung streichen wollen."** („Zirkularbrief an Bebel, Liebknecht, Bracke u.a.") Lenin erklärte: **„Die Politik hat notwendigerweise das Primat gegenüber der Ökonomik. Anders argumentieren heißt das Abc des Marxismus vergessen."** („Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis und Bucharins") **„Der Opportunismus *macht* in der Anerkennung des Klassenkampfes gerade vor der Hauptsache *halt*, vor der Periode des *Übergangs* vom Kapitalismus zum Kommunismus, vor der Periode des *Sturzes* der Bourgeoisie und ihrer völligen *Vernichtung*."** („Staat und Revolution")

Der Vorsitzende Mao erklärte: **„Niemals die Existenz von Klassen und den Klassenkampf vergessen!" „Stabilität und Einheit heißt nicht, den Klassenkampf aufgeben; der Klassenkampf ist das Hauptkettenglied, alles andere hängt von ihm ab."**

Nachdem sie die Gedanken der Lehrer der Revolution studiert und das rechtsopportunistische Geschwätz, das auf eine Revision der bereits gefällten, richtigen Urteile abzielte, analysiert hatten, erkannten die Studenten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter der Tjinghua-Universität klar, daß das politische Programm jener Personen, die den Wind von rechts angefacht hatten, in dem Versuch bestand, die grundlegende Linie der Partei zu ändern und dadurch ihr verbrecherisches Ziel der Restauration des Kapitalismus zu erreichen. Irreführende Behauptungen wie „Die Qualität der Ausbildung ist niedrig", „Die wissenschaftliche Forschung ist zurückgeblieben", das habe die „vier Modernisierungen behindert", sind alles Ableger dieses Programms. Rachsüchtig starteten die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg, die diesen Weg immer noch gehen, einen Gegenangriff auf das Proletariat, traten dabei wütend gegen den Marxismus auf und attackierten die proletarische revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao. Woran sie sich anklammerten, das ist gerade die revisionistische Linie, wie sie von Liu Schao-tschi und dann von Lin Biao verfolgt wurde, jene Linie, die Schiffbruch erlitten hat. Es sind jene faulen revisionistischen Theorien wie die vom Erlöschen des Klassenkampfes und jene vom Primat der Produktivkräfte, für die Liu Schao-tschi in den 17 Jahren vor der großen Kulturrevolution im Jahre 1966 die Werbetrommel gerührt und die Lin Biao 1969 in den politischen Bericht des Neunten Parteitags einzuschmuggeln versucht hatte.

Um die grundlegende Linie der Partei umzudrehen,

gingen sie mit „roten Fahnen“ gegen die rote Fahne vor und bedienten sich des Tricks des Eklektizismus. Die Studenten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter der Tjinghua-Universität erkannten, daß diese Art Taktik nichts anderes als der alte Plunder Bucharins ist. Bei der Auseinandersetzung zwischen Lenin auf der einen Seite und Trotzki und Bucharin auf der anderen behauptete Bucharin, daß Lenin „politisch“ an die Fragen herangehe, Trotzki hingegen „wirtschaftlich“; er selber „verband“ die beiden Seiten, um einen „Puffer“ zu schaffen. Diesen Unsinn scharf zurückweisend, sagte Lenin: **„Bucharin ist theoretisch zur *Eklektik* abgeglitten, weil er die Verbindung des politischen *und* des wirtschaftlichen Herangehens an die Frage predigt.“ „Aber sagen (oder auch nur indirekt den Gedanken zulassen), daß das politische Herangehen dem ‚wirtschaftlichen‘ gleichwertig sei, daß man ‚das eine und das andere‘ nehmen könne, heißt das Abc des Marxismus vergessen.“** („Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis und Bucharins“) Eklektizismus ist Revisionismus. Die Revisionisten, die in eine Sackgasse geraten sind, scheuen sich nicht, die ausgeleierten Tricks zu wiederholen, um die Revolution zu bekämpfen und die Volksmassen zu täuschen.

Durch die Massendebatte haben die Lehrer und Studenten der Tjinghua-Universität klar erkannt, daß der Wind von rechts sowohl aus internationalen als auch aus inländischen Quellen gespeist wird. Wegen der Existenz des bürgerlichen Rechts und alter, überkommener Ideen sind wir ständig dem Angriff durch Bazillen aus der alten Gesellschaft ausgesetzt. Deshalb findet der rechte Wind bei einem Teil der Kader und Massen noch immer offene Türen. Das Ziel der gegenwärtigen Massendebatte ist es, die Massen im Kampf zu stählen, ihr Verständnis von der sozialen Basis des Revisionismus zu vertiefen und den Nährboden für den Revisionismus möglichst einzuengen. Die Lehrer und Studenten der Tjinghua-Universität sagten: „Durch die Massendebatte werden wir uns von den geistigen Ketten aus der alten Gesellschaft befreien und für die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao einen glänzenden Sieg erringen.“

EINE AUSGEZEICHNETE SITUATION

Die vielen von den revolutionären Massen enthüllten Tatsachen zeigen klar und deutlich: Die Leugnung des Klassenkampfes als des Hauptkettengliedes bedeutet im Wesen Ableugnung der Großen Proletarischen Kulturrevolution, Leugnung des Kampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie, Aufhebung des von der Kulturrevolution über die revisionistische Linie gefällten Urteils und Restauration des Kapitalismus.

Der gegenwärtige Kampf gegen die revisionistische Linie in China ist eine Weiterführung und Vertiefung der Großen Proletarischen Kulturrevolution. Er ist der unvermeidliche Ausdruck in der Partei des Klassenkampfes und des Kampfes der zwei Wege in der Gesellschaft. Die Machthaber in der Partei, die den kapitalistischen Weg gehen, vertreten die Interessen der gestürzten Klassen der Grundherren und der Kapitalisten sowie der neuen Bourgeoisie, deshalb lauern sie immer auf eine Gelegenheit für eine Kraftprobe mit den revolutionären Volksmassen und meinen fälschlicherweise, so den Kapitalismus in China wiederherstellen zu können. Doch natürlich schlägt die Partei, schlagen die Volksmassen des ganzen Landes zurück. Das chinesische Volk weiß aus seinen Erfahrungen in langwierigen Kämpfen, daß nur der Sozialismus Rettung für China bedeutet. Es will den Sozialismus und lehnt den Kapitalismus ab.

Seit seinem Beginn geht der gegenwärtige Kampf gegen die revisionistische Linie in einer organisierten Weise unter der Führung der Parteiorganisationen aller Ebenen vor sich. Er wird das Studium des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen durch die Volksmassen des ganzen Landes voranbringen, das Bewußtsein von Chinas 800 Millionen für die Weiterführung der Revolution unter den Bedingungen des Sozialismus heben, ihren Enthusiasmus für die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau beflügeln, den politischen, ökonomischen und kulturellen Fortschritt beschleunigen, Stabilität und Einheit stärken und die Diktatur des Proletariats weiter festigen. Damit wird dieser Kampf dazu beitragen, daß China gemäß der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao weiter siegreich voranschreitet.

Eine ausgezeichnete Situation herrscht heute in China. Der Kampf entwickelt sich in die Tiefe.

aus: Peking Rundschau Nr. 12 /76
(gekürzt und Zwischentitel von der Red.)

# CHILE SOLIDARITÄTS VERANSTALTUNG



**ORT: Auditorium maximum**
**ZEIT: Donnerstag 8. April 19 Uhr 30**

**Ein Vertreter des ZK des MIR**
wird über die Entwicklung und die politische Situation des Widerstands sprechen.

Die chilenische Folklore-Gruppe »CARAXÚ« bringt Lieder aus dem Widerstand.